

Kyprianou erklärte: »Es war unmöglich, zu verhandeln. Die andere Seite wollte nicht verhandeln.« Die ursprünglich geplanten »drei Tage sind zu wenig Zeit zum Verhandeln, aber zu viel für eine Unterzeichnungs-Zeremonie«. Bei solch unsicheren Darlegungen blieb schließlich ein Schatten an Pérez de Cuéllar hängen: Hatte er sich nicht klar genug ausgedrückt? Er suchte die verfahrenere Lage mit dem Appell zu retten, man sei einander noch nie so nahe gewesen, man müsse weitermachen, beide seien zur Fortsetzung ihrer direkten Kontakte bereit, und er wolle sich bemühen, möglichst bis Ende Februar 1985 ein weiteres Treffen zu arrangieren. Dies freilich kam nicht zustande. Pérez traf am 11. März Kyprianou in Genf, am 28. März den türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal in New York und am 2. April den griechisch-zyprischen Außenminister George Iacovou in Oman; er bietet weiter seine »guten Dienste« an.

Die Perspektive

Noch im Januar betonte Pérez vor Journalisten in Edinburgh, er sei kein Vermittler, sondern könne nur »gute Dienste« leisten. Deshalb könne er den Parteien keine Formel aufdrücken: »Die beiden Seiten kannten die Position der anderen Seiten sehr gut, bevor sie meine Einladung annahmen, in New York zusammenzukommen.« Positiv sei, daß sie sich zum ersten Mal seit 1979 begegnet und beide bereit seien, sich erneut zu treffen.

Doch Denktasch hat in seiner Pressekonferenz gesagt: »Wir wollen Gespräche, aber wir wollen nicht nach New York kommen, um die ganze Zeit zu reden — wir sind in Zypern nur eine halbe Meile voneinander entfernt.« Die angebotenen Zugeständnisse »existieren heute natürlich nicht mehr«, es sei denn, sie würden in einer neuen politischen Bewertung »durch mein Volk und durch mein Parlament« wiederbelebt.

Zu den größten Hemmnissen für Kyprianou gehörte es, daß die Fragen des Abzugs der türkischen Armee, aber auch künftiger Garantien für die zu gründende Bundesrepublik Zypern noch offen waren. Vorschläge, zwecks Vermeidung fortgesetzter Eingriffsrechte der Türkei die Vereinten Nationen oder gar die Blockfreienbewegung zu Garantien zu machen, erschienen wenig fundiert. Die griechischen und die zyprischen Diplomaten, letztere mit den Blockfreien bestens vertraut, versuchen seither, in aller Welt den Eindruck auszubügeln, es habe Kyprianou in New York »an Mut gemangelt«.

Mittlerweile ist Kyprianou unter starken innenpolitischen Druck geraten: die konservative Demokratische Front unter Glafkos Klerides und die AKEL haben das Verhalten Kyprianous in New York mit 23 gegen 12 Stimmen parlamentarisch gerügt und eine Neuwahl zum Präsidentenamts verlangt. Die Verwirklichung von Kyprianous Wunsch, vom amerikanischen Präsidenten Reagan empfangen zu werden, um ihm vorzutragen, was in New York »wirklich« geschah, rückt dadurch nicht näher.

Wurde eine letzte Chance verpaßt? Der »Guardian« zitierte einen westlichen Diplomaten so: »Das Problem Zyperns ist, daß die türkischen Zyprioten nicht vergessen können, was zwischen 1960 und 1974 geschah, und die griechischen Zyprioten können sich daran nicht mehr erinnern.« Ansgar Skriver □

Umweltkriegsübereinkommen: Erste Überprüfungskonferenz — Universale Geltung erstrebt (11)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 3/1977 S.96f. fort.)

Das *Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken* ist völkerrechtlich seit dem 5. Oktober 1978 in Kraft. Nach diesem auch als Umweltkriegsübereinkommen bekannten Vertrag sind Umweltveränderungen von weiträumiger, anhaltender oder schwerwiegender Wirkung zu militärischen Zwecken verboten. Untersagt sind beispielsweise die Veränderung der Struktur der Erde und ihrer Pflanzen- und Tierwelt, ihres Gesteinsmantels und der Atmosphäre.

In Genf fand vom 10. bis 20. September 1984 die erste Überprüfungskonferenz statt. Den Vorsitz hatte der finnische Diplomat Keijo Korhonen, der in seiner Schlußbemerkung diese Konferenz als positives Beispiel dafür wertete, daß es immer noch möglich sei, »im Bereich der Rüstungsbegrenzung zu konkreten Resultaten zu kommen«. Das »konkrete Ergebnis« war eine Schlußerklärung, bestehend aus neun Artikeln. Im Konsens wird hier festgestellt, daß zwar Inhalt und Wirksamkeit des Übereinkommens positiv beurteilt wird, daß man aber besorgt darüber sei, daß erst 45 Staaten die Vereinbarung ratifiziert und lediglich 19 weitere Staaten unterzeichnet hätten. Hier liegt offenbar der Schwachpunkt des Umweltkriegsübereinkommens, nämlich in dem Defizit an universaler Geltung.

Nach der Annahme der Schlußerklärung in Genf meldeten sich die Vertreter Schwedens, Neuseelands, Australiens, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der Niederlande zu Wort.

Der schwedische Vertreter zeigte sich enttäuscht vom Ergebnis der ersten Überprüfungskonferenz. Sein wichtigster Kritikpunkt bezog sich auf das Verfahren im Falle von behaupteten Vertragsverletzungen. Er setzte sich für effektivere Nachprüfungsmöglichkeiten durch die Vertragsstaaten ein, wobei der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen lediglich als letzte Möglichkeit in Anspruch genommen werden sollte. Der sowjetische Vertreter führte aus, daß »gewisse Vorschläge« zum Artikel V des Abkommens (Verifikation und Beschwerdeverfahren) zu Recht abgelehnt wurden, weil eine Änderung bzw. Ergänzung in diesem Punkt nicht notwendig sei. Der niederländische Vertreter wies darauf hin, daß die Bemühungen um eine Stärkung der Konvention weitergehen sollten. Dazu kündigte er an, daß sein Land zusammen mit anderen Vertragsstaaten gut vorbereitet in die nächste Überprüfungskonferenz gehen wolle. Wilhelm Bruns □

Wirtschaft und Entwicklung

39. Generalversammlung: Schweigen zum Thema Neugliederung — Umfassender Bericht des Generalsekretärs zur Kenntnis genommen (12)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 2/1983 S.62f. fort.)

Das Vorhaben einer Neugliederung des Wirt-

schafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen hat während der 39. Generalversammlung weder zu Debatten noch zu Konsultationen und auch nicht zu einer Resolution geführt. Die Vertagung von 1982 auf 1984 hat mithin nicht die gewünschte Intensivierung der Diskussion gebracht. Man mag daraus den Schluß ziehen, daß weniger Interesse an dem Thema besteht, die Ziele sich verschoben haben oder die Absicht besteht, die Dinge weiter reifen zu lassen. Fest steht, daß die kontroversen Ansichten in den Hauptpunkten — Reform des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) und Dezentralisierung (hin zu den Regionalkommissionen) — kaum Bewegung erkennen lassen.

Einen hervorragenden Überblick über das weite Gebiet der Neugliederungsvorschläge und den Grad ihrer Verwirklichung gibt ein entsprechender Bericht des Generalsekretärs (UN-Doc.A/39/476 v.2.11.1984), der von der 39. Generalversammlung in ihrem Beschluß 39/437 kommentarlos zur Kenntnis genommen wurde.

Einleitend wird in dem Bericht festgestellt, daß die Vorschläge zur Neugliederung in vieler Hinsicht voneinander abhängen und dadurch ihre Verwirklichung erschwert wird, insbesondere wenn ein Teil sich verzögert. Vor allem aber wird beklagt, daß der Konsens über die Ziele der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie er zur Zeit der Verabschiedung der Neugliederungsresolution 32/197 bestand, sich abgeschwächt hat und damit ihre Umsetzung erschwert wird. Der Generalsekretär betont hierzu, daß der Geist und die Absicht der Neugliederungsresolution fortbestehen, nämlich das System der Vereinten Nationen den Bedürfnissen seiner Mitglieder besser gerecht werden zu lassen. Insbesondere sollten die zentralen zwischenstaatlichen Gremien den Anforderungen besser entsprechen, die sich aus den Beziehungen zwischen den Staaten, ihren gegenseitigen Abhängigkeiten wie auch aus der Interdependenz der Sachfragen ergeben.

Die Fragen nach dem Fortschritt im Bereich der Neugliederung bezeichnet der Bericht als »nicht leicht zu beantworten«. Im allgemeinen sei ein Fortschritt erzielt, indem Schlüsselfragen weltweit stärker ins Bewußtsein gerückt worden seien — etwa die kritische Lage Afrikas, das Neue substantielle Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder oder die Bevölkerungsfrage. Demgegenüber seien die Ergebnisse auf anderen Gebieten mager — zum Beispiel hinsichtlich der Themen Rohstoffe, Energie, Handel, Industrialisierung, Währung und Finanzen oder Wissenschaft und Technologie. Der Bericht zählt auf, welche Aktionen als besonders notwendig anzusehen sind: Fortführung der ECOSOC-Reform, Stärkung der anderen zwischenstaatlichen Verhandlungsgremien einschließlich der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), Verbesserung der Sekretariatsdienste, Stärkung der regionalen Strukturen und Koordinierung zwischen den Sonderorganisationen sowie größere Flexibilität bei den entwicklungspolitischen Zielen.

Der Bericht des Generalsekretärs gliedert sich in dieselben acht Abschnitte wie die Neugliederungsresolution 32/197 vom 20. Dezember 1977:

- Generalversammlung;
- Wirtschafts- und Sozialrat;

- andere Verhandlungsforen einschließlich der UNCTAD und weiterer Organe sowie der Ad-hoc-Weltkonferenzen;
- regionale und interregionale Zusammenarbeit;
- operative Aufgaben;
- Planung, Programmgestaltung, Haushalt und Evaluierung;
- Koordinierung zwischen den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen;
- Sekretariat.

Im folgenden wird ein kurzer Überblick über die wichtigsten Inhalte des Dokuments des Generalsekretärs gegeben.

Generalversammlung: Hier wird als die umfassendste aller bisherigen Maßnahmen die Verabschiedung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade (Resolution 35/56 v.5.12.1980; Text: VN2/1981 S.64ff.) bezeichnet. Daneben wird auf zahlreiche Empfehlungen der Generalversammlung zu entwicklungspolitischen Themen verwiesen. Kritisch wird die Schwierigkeit beleuchtet, zur rechten Balance zwischen der zentralen Rolle der Generalversammlung und der sektoralen Aufgabenstellung der anderen Organisationen im UN-System zu finden. Ausführlich behandelt der Bericht Fragen der Arbeitsvereinfachung und der Dokumentation.

Wirtschafts- und Sozialrat: Behandelt wird der Report der Gemeinsamen Inspektionsgruppe (JIU) über das Berichtswesen des ECOSOC (A/39/281 v.31.5.1984). Ferner wird neben anderen Fragen die der Konzentration der Arbeit des Rates (etwa durch Festlegung der Themen, die einer vertieften Diskussion im ECOSOC bedürfen) dargestellt. Im Zusammenhang mit der Generaldebatte im ECOSOC wird es als erforderlich angesehen, es nicht beim allgemeinen Meinungsaustausch zu belassen, sondern auf die Formulierung von Schlußfolgerungen hinzuwirken. Zur Koordinierungsaufgabe des ECOSOC wird auf die Notwendigkeit einer wirkungsvollen Abstimmung auf der nationalen Ebene hingewiesen, die eine konzentrierte Aktion auf internationaler Ebene erleichtern würde; in der Tat werden ja gelegentlich von Vertretern unterschiedlicher Ressorts der gleichen Regierung in internationalen Gremien unterschiedliche Positionen vertreten. Weitere Punkte des Berichts sind die Überarbeitung der entwicklungspolitischen Ziele, Fachtagungen und Sitzungen auf ministerieller oder anderer hoher Ebene sowie die Vorbereitung der Arbeit der Generalversammlung. Auch das heiße Eisen der Mitgliederzahl im ECOSOC wird angesprochen und dargelegt, daß sich Nichtmitglieder in steigendem Maße an den Tagungen beteiligen.

Verhandlungsforen: Die UNCTAD steht im Vordergrund des Berichts mit Hinweisen auf den Gemeinsamen Fonds, die Notwendigkeit struktureller Anpassung auf den Gebieten des Handels und der Erzeugung, die engere Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern und die Bedeutung des Handels- und Entwicklungsrats.

Regionale und interregionale Zusammenarbeit: Hier werden die umfassenden Berichte wiedergegeben, die in den Dokumenten A/35/546 und A/36/577 enthalten (und in VN3/1981 S.95 und VN2/1982 S.66f. näher behandelt) sind. Hierauf wird verwiesen mit der Bemerkung, daß der Bericht ein langsames, aber stetiges Fortschreiben der Einschaltung

der Regionalkommissionen feststellt: Der Anteil der Regionalkommissionen an vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) finanzierten Regionalprojekten ist von 3,52 vH 1978 auf 15,19 vH 1983 angestiegen.

Operative Aufgaben: Verlangt werden engere Zusammenarbeit und Vereinheitlichung im System der Vereinten Nationen. Nichts sei geschehen auf dem Gebiet der Integration der verschiedenen Programme und Fonds. Nur die gemeinsame einheitliche Beitragsankündigungskonferenz funktioniere. Vereinheitlichung des Verfahrens und Zusammenarbeit auf Länderebene werden neben dem Vorschlag eines einheitlichen Organs für alle operativen Tätigkeiten angesprochen. Zum letzten Punkt wird festgestellt, daß die zunehmende Befassung des 2. Hauptausschusses der Generalversammlung mit operativen Fragen ein interessantes Indiz für das Bedürfnis nach gemeinsamer Abhandlung dieses Komplexes darstellt.

Planung und Haushalt: Nach Darstellung der Fragen der mittelfristigen Planung und ihrer Abstimmung im UN-System, des Programmhausehalts und der Koordinierung seiner Vorlage im UN-System, vorheriger Konsultationen, Durchführung und Bewertung sowie des Verhältnisses zwischen Programm- und Koordinierungsausschuß (CPC) und Beratendem Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen (ACABQ) wird festgestellt, daß die experimentielle Phase im großen und ganzen abgeschlossen sei. Dies schließe naturgemäß Verbesserungsmöglichkeiten nicht aus. Vor allem müsse die Bewertungsfunktion verstärkt werden.

Interinstitutionelle Koordinierung: Dieses weite Gebiet der Abstimmung zwischen den Organisationen, Organen und Programmen der Vereinten Nationen wird verhältnismäßig kurz abgehandelt. Vor allem steht die Neugliederung des Verwaltungsausschusses für Koordinierung (ACC) und seine Untergliederung zur Debatte. Dabei ist von Bedeutung, daß die Neuschaffung von Gremien vermieden und die Zahl der Sitzungen verringert wird. Von Interesse ist auch, daß der ACC enger mit den Regierungsvertretergremien der verschiedenen UN-Organisationen direkt zusammenarbeitet.

Sekretariat: Im Vordergrund steht das Büro des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Beziehungen zu den übrigen Bereichen der Vereinten Nationen werden als relativ zufriedenstellend bezeichnet. Die Zusammenarbeit vollzieht sich vorwiegend im Wege von Konsultationen. So hat der Generaldirektor den Vorsitz im Lenkungsausschuß für Weltkonferenzen. Sein Einfluß auf den Entwurf von Tagungsordnungen müsse gesteigert werden. Der Generaldirektor sitzt bei Abwesenheit des Generalsekretärs dem 1982 geschaffenen Programm-, Planungs- und Haushaltsrat vor, wodurch sein Einfluß auf die Integrierung der Programme verstärkt wird. Die periodischen Berichte des Generaldirektors dienen vor allem der Darstellung, inwieweit die von den Gremien aufgestellten wirtschaftspolitischen Direktiven eingehalten werden.

Ein Abschnitt ist der Hauptabteilung für internationale wirtschaftliche und soziale Fragen (DIESA) gewidmet. Verlangt wird die bessere Verwertung der Ergebnisse der operativen Aktivitäten bei den Globaluntersuchungen.

Ebenso wird eine engere Verbindung zwischen globalen und sektoralen Untersuchungen gefordert.

Für die Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung (DTCD) werden die Bereiche der natürlichen Ressourcen, Energie, Entwicklungsplanung und Entwicklungsverwaltung mit ihren jeweils aktuellen Themen angesprochen. Dargestellt wird die Anpassung der Organisation und die Gliederung in vier Unterabteilungen. Eine engere Zusammenarbeit mit der UNCTAD, der Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO), dem Zentrum für Wohn- und Siedlungswesen (UNCHS) und mit den Regionalkommissionen wird verlangt. Behandelt wird auch, allerdings ohne neue Vorschläge, das Problem der nicht eingegliederten Abteilung für Statistik.

Schließlich wird das Büro für Sekretariatsdienste in Wirtschafts- und Sozialfragen (OS-SECS) behandelt, das für CPC, ECOSOC und Ad-hoc-Konferenzen zuständig ist.

Abschließend ist festzuhalten, daß der umfassende Bericht des Generalsekretärs trotz der Aufführung der verbleibenden Aufgaben und Maßnahmen die Generalversammlung nicht zu der vor zwei Jahren beschlossenen und geplanten Debatte gebracht hat. Aufgeschoben? Aufgehoben? Dies bleibt abzuwarten. Offenbar sind andere Themen vordringlicher als die Neugliederung.

Ingo von Ruckteschell □

UNDP: Erosion der multilateralen Technischen Zusammenarbeit gestoppt? (13)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 2/1984 S.65 fort.)

Daß »die Erosion der Mittel des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen mit dem Ergebnis der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten im Jahr 1983 zwar tendenziell aufgehalten wurde, daß jedoch weiterhin größere Anstrengungen unternommen werden müssen, wenn diese Tendenz verstärkt werden soll, damit durch eine erhebliche Steigerung bei gleichzeitiger größerer Ausgewogenheit der Beiträge eine Zunahme der Ressourcen erreicht wird«, hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 19. Dezember 1983 in ihrer einvernehmlich angenommenen Resolution 38/172 festgestellt. Zugleich wurde »die im Konsensverfahren erfolgte Verabschiedung des Beschlusses 83/5 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 24. Juni 1983« begrüßt, jener Beschluß also, der auf eine gesicherte Finanzierung des bekanntlich ganz auf freiwillige Beiträge angewiesenen UNDP abzielt. Vor diesem Hintergrund ist die letzte *Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten* (7./8.11.1984 in New York) zu sehen. Diese Konferenz sammelte die Zusagen von 108 Regierungen zwar für insgesamt 23 verschiedene Fonds und Programme (Gesamtaufkommen etwa 1 Mrd US-Dollar) ein, doch stand wie immer die Dotierung des UNDP im Mittelpunkt des Interesses.

Für 1985 kann das UNDP mit 669,2 Mill Dollar rechnen; dies ist ein leichter Rückgang gegenüber den 674,9 Mill Dollar, die im Endeffekt für 1984 verfügbar waren. Durch den